

## Straßennamen

Viele Straßen tragen Namen, die problematisch sind. Auf Anregung der LINKEN wurde dazu eine Kommission gegründet. **S.2**

## Zugeschickt

Automatisch wird nun der Düsseldorf Pass zugeschickt. DIE LINKE forderte dies schon lange. Immerhin 35.000 betrifft dies in Düsseldorf. **S.3**

## Drastischer Anstieg

Immer mehr Menschen erhalten Sanktionen durch das Job-Center. Eine perfide Strategie um Betroffene einzuschüchtern. **S.5**

## Zwangsräumungen

Immer mehr Menschen können die hohen Mieten nicht mehr bezahlen. Mittlerweile erfolgen zwei Zwangsräumung pro Tag. Ein Skandal. **S.7**

## Die Zukunft des Diesel



Foto: © Can Stock Photo / HaywireMedia

## Fahrverbot in Düsseldorf? Klage gegen Autokonzerne?

Droht Düsseldorf ein Diesel-Fahrverbot für die Innenstadt? Nach den Urteilen vor den Verwaltungsgerichten in Düsseldorf und in Stuttgart ist es zumindest nicht mehr auszuschließen.

Damit soll der Anteil des Stickoxids in der Luft reduziert werden. An der Luftmessstation in der Corneliusstraße wird seit Jahren ein zu hoher Stickoxidgehalt festgestellt. In Düsseldorf gab es früher mehrere Messstationen im Stadtgebiet, die von der Stadt betrieben wurden. Diese sind zum Teil abgebaut worden. Stattdessen wurde ein Rechenverfahren eingeführt, das nachweisen soll, wie stark die Luft belastet wird. Es wurden die Fahrzeuge und Fahrzeugmarken gezählt und dann mit den Schadstoffwerten der Autos die Belastung errechnet.

Das Problem ist nur, dass die Schadstoffwerte der Autos auf den Angaben der Hersteller beruhen. Wie wir jetzt wissen, sind diese aber sehr optimistisch ausgefallen und basieren auf purer Theorie. Man darf sich also nicht wundern, dass die tatsächlichen Messergebnisse sich nicht wesentlich verbessert haben. Besonders die Corneliusstraße gilt als hoch belastet. Hier steht ja auch noch eine Messstation des Landes. An vielen anderen Straßen wird nicht mehr gemessen.

Eine nachhaltige Reduzierung der Schadstoffwerte ist nur durch eine Umrüstung der Motoren zu erreichen. Das kann nur auf Bundesebene durchgesetzt werden. Nach den Ergebnissen des „Dieselgipfels“ vom 02. August ist damit aber nicht zu rechnen. Die Vereinbarung, auf freiwilliger Basis eine neue Software zu installieren, soll eine Reduzierung der Schadstoffe um 30 % bewirken. Da die aktuelle Belastung aber die Grenzwerte um 300 bis 400 % übersteigt, werden die Grenzwerte anschließend immer noch um min. 200 % überschritten.

Erreicht wurde nur, dass die Lösung weit in die Zukunft verlagert wurde. Das Update der angepeilten fünf Millionen Autos wird Monate dauern. Danach wird man erst feststellen können, was es tatsächlich gebracht hat. Alles in allem werden Jahre vergehen, bis weitere Maßnahmen in Angriff genommen werden. Es sei denn, es werden doch noch Fahrverbote ausgesprochen, die dann gerichtlich angeordnet werden. Auf jeden Fall ist eine nachhaltige Lösung auf einen Zeitpunkt nach den Bundestagswahlen verlegt worden. Die Regierung hat es geschafft, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen und Aktionismus vorzugaukeln, ohne der Autoindustrie weh zu tun.

Durch Manipulationen und Absprachen haben die Automobilkonzerne in vieler Hinsicht aber auch die Stadt Düsseldorf geschädigt. Die Gefährdung der Gesundheit der Bevölkerung wurde wissentlich in Kauf genommen. Die Stadt als Eigentümerin von Dieselfahrzeugen wurde wissentlich hinter das Licht geführt. Ein Fahrverbot würde nicht nur die Besitzer von Dieselfahrzeugen treffen, die auf die Aussagen der Konzerne vertraut haben, sondern auch dazu führen, dass Handwerker, Taxi-, Logistik- und Transportunternehmen weniger Gewinn machen und dadurch erhebliche Einbußen bei der Gewerbesteuer anfallen.

Wir sind der Meinung, dass die Konzerne gegenüber der Stadt schadensersatzpflichtig sind. Im Umweltausschuss haben wir deshalb eine Anfrage gestellt und zur Ratssitzung einen Antrag eingebracht, der fordert, dass die Stadt prüfen soll, inwieweit sie gerichtlich gegen die Automobilkonzerne vorgehen kann. Leider lag der Redaktionsschluss des Rheinblicks vor den Gremiensitzungen, so dass wir noch nicht berichten können, wie sich die anderen Parteien und die Verwaltung dazu verhalten. Außerdem fordern wir, im Stadtgebiet wieder Messstationen aufzustellen, um die tatsächliche Belastung feststellen zu können.

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Jahr 2017 beschert uns viele Wahlen. Neben den Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen wird auch der Bundestag neu gewählt. Auch der Bundespräsident wurde Anfang des Jahres gewählt.

Sogar in unserer Fraktion stand turnusgemäß die Wahl der Sprecherin und des Sprechers auf der Tagesordnung. Wiedergewählt wurden die bisherigen, also Angelika-Kraft-Dlangamandla und Lutz Pfundner. Die Fraktion hat Ihnen für die Arbeit der zurückliegenden Jahre gedankt und mit der Wiederwahl das Vertrauen für die Zeit bis zur nächsten Kommunalwahl 2020 ausgesprochen.

Sie waren auch maßgeblich an den Erfolgen der Fraktion beteiligt, wie zum Beispiel der automatischen Zusendung des Düsseldorf Passes an alle Berechtigten (Seite 03) oder der Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung von Straßennamen auf belastete Personen aus der NS- und der Kolonialzeit (Seite 02).

Auch in der bis zur nächsten Kommunalwahl verbleibenden Zeit und darüber hinaus wird sich die Fraktion weiterhin für ein solidarisches Düsseldorf im Rat und in den städtischen Gremien einsetzen. Dazu gehören u. a. die Forderung nach einem Sozialticket für 10 Euro und der Kampf um preiswerten Wohnraum für alle.

Solche Forderungen lassen sich natürlich mit einer starken LINKEN besser durchsetzen. In diesem Sinne verbleiben wir als Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95123  
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de  
www.linksfraktion-duesseldorf.de  
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

## 34.703 Arbeitslose in Düsseldorf = 10,3%

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit darstellt. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl.

Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im Juli 2017 bei 24.499 (offizielle Arbeitslosenquote 7,4%). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 34.703 um 10.204 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl. Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 6.535 freie Arbeitsstellen im März gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind. Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite: [www.linksfraktion-duesseldorf.de](http://www.linksfraktion-duesseldorf.de)

## Belastungen steigen an

Auch unter SPD/FDP/Grüne werden weiterhin im Personaletat über 32 Millionen Euro jährlich eingespart werden. Bis zum Jahr 2020 sollen die jährlichen Einsparungen auf 42 Millionen Euro steigen. Schon jetzt sind über 1.000 Stellen bei der Stadt nicht besetzt. Die Folgen spüren alle DüsseldorferInnen. Der städtische Service leidet immer stärker. Die Belastungen für die städtischen Bediensteten nehmen zu. Zeichen dieses Druckes ist u. a. der Krankenstand sowie sogenannte Belastungsanzeigen, die die ArbeitnehmerInnen stellen können, wenn eine Überlastung durch Arbeit vorliegt. Die Ratsfraktion DIE LINKE fragt dazu im Personal- und Organisationsausschuss nach.

# Was bleibt vom Grand Départ?

Zwischen 13 und 18 Millionen Euro Kosten für ein kurzes Vergnügen

Natürlich war der Start der Tour de France in Düsseldorf für Radsportfans ein tolles Erlebnis. Über eine Millionen begeisterte Zuschauer standen am ersten Juli-Wochenende an den Straßen Düsseldorfs und sahen, wie sich 198 Radprofis abstrampelten.

Aber hat eine derartige Sportveranstaltung wirklich eine nachhaltige Wirkung auf Ansehen oder Bekanntheitsgrad einer Stadt und was haben die BewohnerInnen Düsseldorfs langfristig von den Millionen-Ausgaben?

Im November 2015 stellte die Ratsfraktion DIE LINKE den Antrag, dass keine städtischen Gelder oder solche von städtischen Tochterunternehmen für den Grand Départ verwandt werden dürfen. Er konnte nicht behandelt werden, denn im Stadtrat gilt die Regel, dass der öffentliche Teil der Sitzung um 20 Uhr beendet ist. So werden oft wichtige Anträge der Ratsfraktionen nicht behandelt. Als im Februar 2016 der Antrag wieder aufgerufen wurde, hatte die Stadt bereits Verträge für 4,7 Mio. Euro abgeschlossen.

Im Rat wurde der Beschluss, sich für den Start der Tour 2017 zu bewerben, mit 40 zu 39 Stimmen gefasst. Auch die Ratsfraktion DIE LINKE stimmte gegen die Bewerbung. Dass Düsseldorf sich überhaupt bewarb, lag an dem Verzicht der Fahrradstadt Münster.

Grundlage für den Beschluss war ein Gutachten für etwa 200.000 Euro, dass der Bekanntheitsgrad Düsseldorfs durch die Tour weltweit wachsen und die Stadt mit Städten wie Paris oder London gleichgestellt wird. Darüber hinaus könnten 2,3 Mio. Euro zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen in die Stadtkasse fließen. Um eine vergleichbare Werbung für die Stadt zu finanzieren, müssten 300 Mio. ausgegeben werden.

Alles Quatsch! Die Ratsfraktion DIE LINKE wies schnell nach, dass die zusätzlichen Gewerbesteuereinnahmen ein Fake waren. So wurde die Gewerbesteuer aus der Finanzplanung herausgenommen.

Wer sich wochenlang jeden Tag vor den Fernseher setzt, um sich das Radrennen anzusehen, interessiert sich

nicht für die Städte, durch die die Tour geht. Er interessiert sich für Froome und André Greipel. Wenn stundenlang ein Zeitfahren durch Düsseldorf gezeigt wird, dann bleibt vor allem der schlimme Sturz des erfolgreichen Radstars Valverde im Gedächtnis und nicht, wie Düsseldorfs aussieht.

Ein Argument war auch, dass Düsseldorf gezeigt habe, dass es solche Veranstaltungen organisieren kann. Das haben alle anderen Startorte in den vergangenen über 100 Jahren auch gezeigt. Das ist nichts Besonderes.

Die Hoffnung der Befürworter des Grand Départ's, viele DüsseldorferInnen würden nach der Tour aufs Fahrrad umsteigen, wird sich durch den Grand Départ nicht erfüllen. Radfahren bleibt in Düsseldorf gefährlich. Ca. 15 Mio. Euro in den Ausbau des Radwegenetzes zu investieren hätte da sicherlich mehr gebracht.

Was bleibt also? Eine schöne Erinnerung für Radsportfans und ein zweistelliger Millionenbetrag, der im städtischen Haushalt fehlt.

# Straßennamen und ihre Bedeutung

Eine Kommission wurde gegründet



Es gibt viele Straßen mit problematischen Namen

Foto: © wikipedia/Masturbius

In verschiedenen Ausgaben des R(h)einblicks haben wir über die Umbenennung der Hans Günther Sohl-Straße in Flingern in die Luise Rainer-Straße berichtet.

Hans Günther Sohl war seit 1933 Mitglied der NSDAP und bis Kriegsende Wehrwirtschaftsführer. Als Vorstandsmitglied bei den Vereinigten Stahlwerken war er zuständig für den Einsatz von Zwangsarbeitern, die zu Tausenden im Nazi-System ums Leben kamen. Einen solchen Menschen sollte man nicht noch mit einem Straßennamen ehren. Die Umbenennung ist auf einen Antrag der LINKEN in der zuständigen Bezirks-

vertretung zurück zu führen.

In Düsseldorf gibt es noch zahlreiche Straßen, die umbenannt werden sollten. Neben Nazis sind auch Kolonialisten, die Ende des 19. Jhd. in Afrika für den Tod von Zehntausenden von Menschen und die Ausrottung ganzer Stämme verantwortlich waren, Namensgeber für Straßen. Darüber haben wir in unserer Rubrik schon mehrfach geschrieben.

Um ein Verfahren zu finden, das sich generell mit der Untersuchung der Düsseldorfer Straßennamen beschäftigt, sind wir in Freiburg fündig geworden. Dort wurde eine unabhängige Kommission gegründet, die alle Straßennamen

untersucht hat. Auf Empfehlung dieser Kommission wurden Straßen umbenannt, deren Namensgeber den Nationalsozialismus aus führender Position gefördert haben aber auch für Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Militarismus in Form der Glorifizierung des Ersten Weltkrieges und nachgewiesenen Rassismus verantwortlich waren. Im Kulturausschuss haben wir einen Antrag eingebracht, dass dieses Freiburger Modell vorgestellt werden soll. Damit wollten wir eine Diskussion auslösen, an deren Ende die Gründung einer ähnlichen Kommission steht. Diese Diskussion konnte verkürzt werden, da alle Fraktionen unserer Initiative positiv gegenüber stehen. Am Ende wurde die Verwaltung einstimmig beauftragt, eine Kommission zu gründen und mit MitarbeiterInnen der Mahn- und Gedenkstätte und des Stadtarchivs zu besetzen. Sie kann ergänzt werden mit externen Experten und soll zunächst einen Kriterien-Katalog erstellen, nach dem die Straßennamen zu untersuchen sind.

Wir stehen am Anfang eines langen Prozesses. In Freiburg hat die Kommission vier Jahre lang gearbeitet, bis sie ihren Abschlussbericht verfassen konnte. Düsseldorf ist um einiges größer als Freiburg. Deshalb ist dieses Projekt auf Jahre angelegt. Aber Dank der Initiative der LINKEN Ratsfraktion konnte es jetzt auf den Weg gebracht werden.

# Düsselpass ohne bürokratische Hürden

## Für weitere 35.000 Menschen ein Erfolg

Soziale Teilhabe wird durch Armut erheblich erschwert. DüsseldorferInnen mit geringem Einkommen können mit dem Düsselpass Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Diese gibt es bei den städtischen Ämtern und Institutionen, den Tochtergesellschaften der Stadt und verschiedenen Partnern aus Kultur, Wirtschaft und Sport. Menschen, die Sozialleistungen beziehen oder ein vergleichbar geringes Einkommen haben, können diesen Pass beantragen.

Bislang musste allerdings der Großteil der Anspruchsberechtigten den Düsselpass gesondert beantragen und eine Berechtigung bürokratisch nachweisen. Da die Zahl der Menschen in Düsseldorf, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind, immer weiter ansteigt, wird auch der Kreis derjenigen, die einen Anspruch auf den Düsselpass haben, immer größer. Einige Berechtigte scheuen die von der Bürokratie auferlegten Hürden und verzichten auf eine Beantragung des Düsselpasses, andere werden erst gar nicht darüber informiert, dass sie einen Anspruch haben. Umso wichtiger ist es, allen Anspruchsberechtigten den Düsselpass automatisch zukommen zu lassen. Seit vielen Jahren hat die Ratsfraktion DIE



Kultur und Sport anstatt Computer

Foto: (CC BY 2.0) flickr/Rick&amp;Brenda Beerhorst

LINKE das Thema immer wieder auf die Tagesordnung des Sozialausschusses gebracht. Letztendlich stimmte auch die Stadtverwaltung mit uns überein, dass durch eine automatische Versendung viele zusätzliche Personen erreicht werden können und somit auf unbürokratischem Weg eine Verbesserung der sozialen Teilhabe ermöglicht wird. Unsere zahlreichen Initiativen haben endlich zum Erfolg geführt: Seit Juli 2017, 20 Jahre nach dem der Düsselpass eingeführt wurde, wird dieser allen Anspruchsberechtigten automatisch zuge-

sandt. Dadurch erhalten rund 80.000 Menschen zukünftig den Düsselpass. Somit bekommen fast 35.000 Personen mehr als bislang die Vergünstigungen. DIE LINKE freut sich über diese erhebliche Verbesserung. Als nächstes sollte der Umfang der Vergünstigungen deutlich ausgeweitet werden. Das wichtigste ist jedoch, dass endlich der Kampf gegen die steigende Armut aufgenommen wird. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass jeder fünfte Mensch in unserer Stadt in Armut leben muss.

# Über die Armut, das Alter und den Tod

## Selbst der Tod ist nicht umsonst

Mit einem Obolus, der ins Grab gelegt wurde, um den Fährmann zu entlohnen, der den Toten über den Styx ins Totenreich des Hades überführt, ist es lange nicht mehr getan. Nach dem Tod eines Angehörigen befinden sich Menschen oftmals nicht nur in einer psychisch, sondern auch häufig in einer finanziell schwierigen Situation. Die Beerdigung und eine spätere Grabpflege sind mit hohen finanziellen Belastungen für die Angehörigen verbunden. Hinterbliebene, welche die Kosten einer Beerdigung

nicht aufbringen können, haben die Möglichkeit, einen Antrag auf eine Sozialbestattung beim zuständigen Sozialamt zu stellen.

Auf eine Anfrage der LINKEN im Sozialausschuss wurden Zahlen zu Sozialbestattungen genannt. Während die Anzahl der Bestattungen in den vergangenen fünf Jahren zurückgegangen ist, hat sich die Anzahl der Sozialbestattungen erhöht. Allein im vergangenen Jahr gab es 364 genehmigte Sozialbestattungen und 160, die abgelehnt

wurden. Die Ablehnungsgründe werden statistisch nicht erfasst. Dies ist aber erforderlich, um zu erfahren, wie die Ablehnungen zustande kommen.

Die Situation dieser Angehörigen mag man sich gar nicht vorstellen wollen. Die Umstände, die dazu führen, liegen auf der Hand: Es ist die Armut, die wie ein Damoklesschwert über den Häuptern der Menschen schwebt. Schätzungen zufolge ist jeder fünfte Düsseldorfer von Armut betroffen, 21,6 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner gelten als arm. Die Zahl derjenigen, die von Altersarmut betroffen sind, steigt rasant. Es gibt Verstorbene, die nichts an materiellen Gütern zu vererben haben, während ihrer Lebenszeit ums Überleben kämpfen mussten, am eigenen Leib erfahren haben was es heißt, nicht genug für das Diesseits, geschweige denn für das Jenseits zu haben, und Angehörige, die aufgrund ihrer eigenen finanziellen Situation keine Beerdigung finanzieren können.

Diese Entwicklung scheint unaufhaltbar. Aufgrund der zunehmenden Altersarmut und der sich ausbreitenden prekären Beschäftigung ist für die Zukunft ein weiterer Anstieg von Sozialbestattungen zu erwarten.

## Baudenkmal erhalten

Das Forsthaus Trotzkopf im Grafenberger Wald gehört der Stadt Düsseldorf. Seit 2012 steht es unter Denkmalschutz. Von den vier Dienstwohnungen stehen zwei leer und gammeln vor sich hin. Die anderen Wohnungen werden seit 40 bzw. 60 Jahren von ehemaligen Beschäftigten der Stadt bewohnt. Statt das Haus zu renovieren, will die Stadt das Baurecht ändern, damit sie das Grundstück teuer verkaufen kann.

Bereits im Mai wurde ein entsprechendes Ansinnen der Bezirksvertretung BV 7 vorgelegt. Damals warnte der Vertreter der LINKEN davor, dass damit eine Keimzelle für weitere Bebauung mitten im Grafenberger Wald gelegt wird. Die Vorlage der Verwaltung wurde abgelehnt. Doch die Verwaltung ist hartnäckig und reichte die Vorlage einen Monat später wieder ein. Da sie schon einmal abgelehnt worden war, wollte die BV sich nicht mehr damit beschäftigen und nahm sie von der Tagesordnung. DIE LINKE ist gegen einen Grundstücksverkauf. Das Baudenkmal soll erhalten und der Grafenberger Wald zugänglich bleiben.

## Jede Woche Kunst und Kultur

Es begann Anfang 2016 im Kulturausschuss. DIE LINKE setzt sich bereits eine gefühlte Ewigkeit für einen wöchentlichen eintrittsfreien Tag in den städtischen Museen und Kultureinrichtungen ein. Auf unsere Initiative hin sagte die Stadtverwaltung zu, die erforderlichen Kosten für die Einführung eines eintrittsfreien Tages zu prüfen. Da die angekündigte Prüfung nicht erfolgte, beantragte DIE LINKE Ratsfraktion diese erneut Anfang 2017 im Kulturausschuss. Unser Antrag wurde auch mehrheitlich angenommen. So weit, so gut. Wir haken nochmal nach und wollten wissen, wie der aktuelle Stand der Prüfung ist. Schließlich ist ein wöchentlicher eintrittsfreier Tag in unseren Augen ein Prestige-Projekt und würde der Stadt wahren Ruhm bescheren, denn dann hätte man zumindest an einem Tag in der Woche den Anspruch auf kulturelle Teilhabe für alle erfüllt. Ob die Antwort der Stadtverwaltung sich als künstlerisch wertvoll erweist, bleibt abzuwarten: Geplant ist, eine entsprechende Ratsvorlage im Rahmen der Haushaltsberatungen 2018 vorzulegen.



Armut wirkt über den Tod hinaus

Foto:(CCO 1.0) pdp/V Anderson

## Viel Geld für Gutachten

Die Stadt gibt enorme Summen für externe Rechtsgutachten aus. Die Themen sind vielfältig: Ob es um die Gewinnabführung der Stadtparkasse oder das Ruhegeld für den früheren Oberbürgermeister Dirk Elbers geht, immer werden auch teure Gutachten an externe Unternehmen vergeben. So unterschiedlich die Rechtsgutachten auch sind, sie alle belasten den städtischen Haushalt.

Die Vergabe von Rechtsgutachten ist Bestandteil des laufenden Geschäfts der Verwaltung. Die Politik hat somit keinerlei Überblick über die Anzahl und Kosten der in Auftrag gegebenen Gutachten. Um die Sinnhaftigkeit der in Auftrag gegebene Rechtsgutachten und die Problematik eines eventuellen Mangels an städtischen Fachkräften beurteilen zu können, ist eine kritische Begleitung der externen Beauftragungen notwendig. Deshalb haben wir im Rat angefragt, wie viele Gutachten in den letzten fünf Jahren extern in Auftrag gegeben wurden und wie viel sie gekostet haben.

Nach Angaben der Verwaltung wurden 51 Gutachten in Auftrag gegeben. Sie kosteten insgesamt über 3,2 Millionen Euro.

## Kein Ansprechpartner für den Datenschutz

In der zunehmenden Digitalisierung wird der Schutz der eigenen Daten immer wichtiger. In der kommunalen Verwaltung fallen eine Vielzahl von persönlichen Daten von MitarbeiterInnen und den EinwohnerInnen an. Die Stadt Düsseldorf hat einen Datenschutzbeauftragten. Der behördliche Datenschutzbeauftragte ist für Leitung und Beschäftigte einer Behörde Ansprechpartner für alle Fragen des Datenschutzes. Zwar sind die Datenschutzbeauftragten der öffentlichen Stellen nach der Regelung des Datenschutzgesetzes NRW nicht zwingend Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, dennoch „kann es aber sinnvoll sein, ihnen auch diese Aufgabe zusätzlich zuzuweisen.“ Auffindbar ist der Datenschutzbeauftragte auf den städtischen Seiten nicht. Ein Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE, den Datenschutzbeauftragten der Stadt Düsseldorf auch für die Einwohnerinnen und Einwohner einzusetzen und offensiv zu bewerben, wurde unverständlicherweise abgelehnt.

# Der Schuldenrick mit der Kanalisation

## 600 Mio. zusätzliche Schulden und keiner soll es merken

Monatelang berichteten die Düsseldorf Medien über den geplanten „Verkauf“ des Kanalnetzes an den SEBD (Städtischer Entwässerungsbetrieb Düsseldorf).

Als die Verwaltung dem Rat am 13. Juli 2017 den Vorgang zur Beschlussfassung vorlegte, war von einem Verkauf nicht mehr die Rede. Der SEBD ist weder ein selbstständiges Unternehmen, wie eine GmbH oder AG, noch ein Tochterunternehmen der Stadt. Er wird im städtischen Haushalt als Sondervermögen aufgeführt, ist also Bestandteil des Haushaltes. Er untersteht dem Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung und ist damit ein Betrieb der Stadt Düsseldorf.

Da niemand sich selbst etwas verkaufen kann, handelt es sich also nur um eine Umbuchung innerhalb des städtischen Haushaltes. Der SEBD überträgt dafür in den Haushalt der Stadt rund 600 Millionen, die er durch eine Kreditaufnahme finanziert.

Im Gegenzug entfallen die jährlichen Pachtkosten an den städtischen Kernhaushalt, die zurzeit bei ca. 40 Mio. Euro jährlich liegen. Faktisch bedeutet dies, dass die Stadt über den SEBD einen Kredit von knapp 600 Mio. aufnimmt und die Raten durch den Wegfall der Pachterträge aus dem Kernhaus-



Schulden werden nur umgeschichtet

Foto: (CCO) flickr/Seachild

halt der Stadt finanziert. Der Kredit soll der Finanzierung der Schulneubauten und Schwimmbäder dienen.

Warum nimmt die Stadt nicht direkt selbst den Kredit auf und finanziert diesen von den Pachteinnahmen? Die Erklärung ist einfach: Die FDP hat gedroht, bei zusätzlichen Schulden aus der Kooperation von SPD, Grünen und FDP auszusteigen. Also müssen die Schulden so gemacht werden, dass

sie im Kernhaushalt nicht auftauchen. Hierbei handelt es sich um einen Täuschungstrick, denn der beruht bekanntlich auf einer Täuschung. Zählt man jetzt alle städtischen Schulden zusammen, dann erhalten wir die stolze Summe von etwa 1,5 Mrd. Euro.

Gleichwohl wird die Öffentlichkeit am Eingang zum Rathaus weiter durch die ‚Schuldenfreiheitsuhr‘ belogen: „Seit 10 Jahren schuldenfrei!“

# Scientology ist aktiv

## Die Stadtverwaltung zeigt Ahnungslosigkeit



Scientology Kirche ist ein Betrug

Foto: (CC BY-SA 2.0) wikipedia/William Murphy

Die „Scientology Organisation“ (SO) nennt sich Kirche, ist aber nichts anderes als eine Sekte. Sie strebt u.a. ein totalitäres Herrschaftssystem an. In NRW hat sie ihren Sitz in Düsseldorf. In Flörsheim residiert sie mit der „Scientology Kirche Düsseldorf“ und in Heerdt mit dem „Celebrity Center“.

Neben vordergründigen pseudo-religiösen Aspekten geht es vor allem um

den Ausbau des eigenen Wirtschaftsimperiums. Mit vielfältigen Tarnorganisationen versucht SO neue Mitglieder zu werben und verschiedene Bereiche aus Wirtschaft und Gesellschaft zu unterwandern. Dabei ist die Zugehörigkeit zu SO häufig nicht ersichtlich. Besonders perfide sind dabei Organisationen, die sich an Kinder und Jugendliche wenden, so z.B. „Jugend für Menschenrechte“

und „Sag Nein zu Drogen - Sag Ja zum Leben“ sowie die „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“. Vor einigen Jahren wurden KITAS sowie Nachhilfeinstitute in Trägerschaft von SO bekannt. Bewusst wendet sich SO an Jugendliche, um die eigenen Ideen weiterzugeben und zudem scheinbar unverfängliche Kontakte zu den Eltern aufzubauen. Erst jüngst wurde öffentlich, dass mehrere Personen von SO im öffentlich geförderten „Haus der Kunst“ in München beschäftigt waren und dort vielfältige Aktivitäten zeigten.

Anlaß also genug für die Fraktion DIE LINKE, um im Rat dazu eine Anfrage zu stellen. Die Antwort fiel jedoch dürftig aus. Weiterhin darf die SO im Rahmen der Sondernutzung im öffentlichen Raum für sich werben, was sie auch regelmässig nutzt. Der Stadt sind keine SO-Mitglieder in der städtischen Verwaltung bekannt, was jedoch nicht heißt, dass es sie nicht gibt. Die Antwort zeigt, dass es in der Verwaltung kein Bewußtsein für das Problem von SO, wie auch anderen Sekten gibt, da es in Düsseldorf auch keine Hilfsangebote für Betroffene gibt.

# Es grünt noch nicht so grün

Und die Spatzen pfeifen es von den Dächern

Das Klima in der Stadt ändert sich und damit auch die Lebensbedingungen. Gerade in Großstädten ist es wichtig, ein Gegengewicht zu Betonbauten zu erhalten.

Grünflächen helfen dabei, das städtische Grau abzumildern und Lebendigkeit in das Stadtbild zu bringen. Begrünte Dächer und Innenhöfe vereinen auf einfachem Wege mehrere positive Wirkungen: Sie steigern den Wohn- und Freizeitwert von Gebäuden, leisten einen Beitrag zu einer besseren Umwelt und verbessern die Lebensqualität im gesamten Stadtgebiet. Weiterhin binden Grünflächen die EinwohnerInnen an ihre Stadt, schaffen Gestaltungsspielraum für alle und lassen neben sich selbst auch gesellschaftliche Gegebenheiten wachsen.

Im Rahmen des Programms „Dach-, Fassaden- und Innenhofbegrünung“ (DAFIB) fördert die Stadt Düsseldorf Projekte, die nach Maßgabe dieser Richtlinie zur Verbesserung des Wohnumfeldes und der ökologischen Qualität beitragen. In einem städtischen Flyer mit Titel „Mehr Grün in Düsseldorf“ wird erklärt: „Gefördert werden Maßnahmen auf bestehenden privaten und gewerblichen Grundstücken. Voraussetzung: auf der Fläche oder im Umfeld befinden



So kann's gehen: Dachgarten in Wien

Foto: (CC BY-NC 3.0) wikipedia/haeferl

sich Wohnhäuser oder die Gebäude von kleineren und mittleren Unternehmen“.

Als Zielsetzung werden unter anderem die Unterstützung von Projekten des Urban Gardenings, die Eigeninitiative von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie die Verschönerung des Stadtbildes genannt.

DIE LINKE Ratsfraktion fragte im Ausschuss für Öffentliche Einrichtungen nach, wie viele Projekte bisher im Rahmen des oben vorgestellten Programmes genehmigt wurden. Seit

Inkrafttreten der Richtlinie im Juli 2016 wurden sieben Förderanträge gestellt, von denen fünf genehmigt und zwei abgelehnt wurden. Zu Urban Gardening wurde bisher kein Antrag gestellt. Die Werbeinitiative der Stadt ist bei diesem Förderprogramm nicht so groß angelegt wie bei anderen Projekten, so manch große Bauvorhaben wurden öffentlichkeitswirksamer beworben. Da reicht es eben nicht aus, wenn nur die Spatzen das Förderprogramm von den Dächern pfeifen.

# Kürzen, Streichen, Not verbreiten

Drastischer Anstieg von Hartz-IV Sanktionen

Jedes Jahr werden tausende Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende verhängt, weil sie Forderungen des Jobcenters nicht erfüllt haben oder weil ihnen dies unterstellt wird. Die meisten Sanktionen erfolgen, da es Konflikte um Meldetermine gibt.

Auch in Düsseldorf ist die Zahl der Sanktionen in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Aus einer Anfrage der LINKEN im städtischen Sozialausschuss geht hervor, dass die Sanktionen von rund 7.000 im Jahr 2011 auf 13.515 im Jahr 2016 angestiegen sind.

Durch Sanktionen wird der Regelsatz von Hartz-IV-Beziehenden gekürzt oder sogar komplett gestrichen. Laut Verwaltung betrug der durchschnittliche Kürzungsbetrag im Dezember 2016 mindestens 85,86 Euro.

Allerdings ist es so, dass die Entscheidungen der Jobcenter häufig fehlerhaft sind. Gegen eine Entscheidung können Betroffene Widerspruch einlegen. Der Widerspruch bewirkt, dass die Entscheidung durch das Jobcenter nochmals überprüft wird. Wird dem Widerspruch nicht oder nicht in vollem Umfang stattgegeben, besteht

die Möglichkeit zu klagen und so die Ausgangsentscheidung durch ein Gericht überprüfen zu lassen. Jedoch haben Widersprüche keine aufschiebende Wirkung. Das bedeutet, die Menschen müssen, auch wenn sie letztlich nach gerichtlicher Kontrolle Recht bekommen, unter den Sanktionen leiden.

Auch die fehlerhaften Hartz-IV-Bescheide wurden von der LINKEN im Sozialausschuss thematisiert. Aus der Antwort auf unserer Anfrage geht hervor, dass im Jahr 2016 insgesamt 7.492 Widersprüche gegen Entscheidungen des Jobcenters eingelegt wurden. Davon waren 2.582 erfolgreich. Die Gründe der Widersprüche werden von der Verwaltung aber nicht ausgewertet. Trotz der verheerenden Wirkung der Sanktionen und im Widerspruch zum Grundrecht auf ein soziokulturelles Existenzminimum ist dies gängige Praxis.

DIE LINKE lehnt Hartz-IV-Sanktionen grundsätzlich ab. Das Grundproblem der fehlenden Existenz sichernden Arbeitsplätze kann mit Sanktionen nicht gelöst werden. Mit den Sanktionen wird so getan, als hätten die Erwerbslosen ihre Lage selbst verursacht und müssten zur Arbeit getrieben werden.

## Solarstrom könnte längst fließen

Düsseldorf hat sich 2015 verpflichtet, für jede verbrauchte Kilowattstunde in städtischen Einrichtungen einen Cent („Öko-Cent“) in eigene Anlagen mit erneuerbarer Energie oder Kraft-Wärme-Kopplung zu investieren. Zehn Prozent vom Öko-Cent sollen in die Installation von Solaranlagen auf den städtischen Dächern fließen. DIE LINKE hat im Umweltausschuss nachgefragt, ob das denn auch passiert und herausgefunden: Bis Juni wurde noch keine einzige Solarzelle montiert. Mit aktuell 200.000 Euro aus dem Öko-Cent will die Stadt aber noch bis Ende des Jahres drei Dächer mit Solaranlagen bestücken.

Anja Vorspel, Mitglied der LINKEN Ratsfraktion und Mitbegründerin des Vereins Düssel Solar e.V., sagt zur langsamen Umsetzung der städtischen Solarpläne: „Düssel Solar e.V. darf wegen unsinniger Gesetze der Großen Koalition keine gemeinsam betriebenen Solaranlagen mehr installieren. Darum ist es wichtig, dass wenigstens Düsseldorf bei der Erzeugung von umweltfreundlichem und kostengünstigem Sonnenstrom vorangeht.“

## Abgas-Studie missachtet

Seit Jahren weiß jedes Kind, dass die Luft im Düsseldorfer Stadtzentrum gesundheitsgefährdend hoch mit giftigem Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) aus Dieselabgasen belastet ist. Die Medien berichten dabei meist nur über die Corneliusstraße, weil dort eine von drei Luft-Messstellen ist. An allen werden zu hohe Werte gemessen. Anfang April wollte Greenpeace die Stadt Düsseldorf endlich zum Handeln bewegen, und veröffentlichte Messungen der NO<sub>2</sub>-Belastung vor Düsseldorfer Schulen. 40 Mikrogramm sind zulässig, 44 – 72 Mikrogramm wurden gemessen. Die Reaktion der regierenden SPD-Grüne-FDP-Kooperation im Rathaus war vorhersehbar: Keine Offensive, um Menschen zum Umstieg auf die Bahn zu ermutigen und damit die Gesundheitsgefahr für alle zu reduzieren. Stattdessen schickte die Stadtregierung die Verwaltung vor, um die Greenpeace-Studie mit dem Hinweis abzubügeln, dass sie Verfahrensfehler aufweist. Dabei hat die Stadt nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf nur noch bis Oktober Zeit, die gesetzlichen Vorgaben zu erreichen.



Hartz IV abschaffen

Foto: © DIE LINKE

## Kostenloser Schnupper- tag für die Rheinbahn

Die Diskussion um ein Mittel gegen Staus und Dieselabgase in Düsseldorf dreht sich meist um Fahrverbote und die Umstellung ganzer Fahrzeugflotten auf Elektroautos. Damit würde aber nicht das Stauproblem gelöst. DIE LINKE will eine nachhaltige Lösung. PendlerInnen und EinkäuferInnen soll ein Anreiz geboten werden, vom Auto aufs Rad oder in den Öffentlichen Personen Nahverkehr (ÖPNV) zu wechseln. Ein fahrscheinloser, umlagefinanzierter ÖPNV wäre dazu ein wirksamer Anreiz – praktisch, umweltfreundlich und sozial. Das Konzept des kostenfreien ÖPNV wird bundesweit diskutiert. Ein erster Schritt zur Umsetzung des Konzepts wäre eine Erprobung, um vor allem die Nachfrage zu testen. Darum hat DIE LINKE bereits zweimal im Stadtrat angefragt, was ein solches Angebot die Rheinbahn kosten würde, wenn es sich auf einen einzigen Tag beschränken würde. Eine Antwort der Rheinbahn steht noch aus.

## Tausendfache Energie- sperren

Da viele Düsseldorferinnen und Düsseldorfer an oder unterhalb der Armutsgrenze leben, haben sie Schwierigkeiten, Rechnungen für Strom, Gas und Wasser zu bezahlen. Obwohl die Stadt zusammen mit den Sozialverbänden sich bemüht, Energiesperren zu vermeiden, werden sie tausendfach durchgeführt. Eine solche Sperrung bedeutet, es gibt keine Heizung, kein warmes Wasser, kein Licht und keine Möglichkeit zum Kochen einer Mahlzeit. Selbst fließendes Wasser steht dann oftmals nicht mehr zur Verfügung. Auf eine Anfrage der Ratsfraktion gab die Verwaltung an, dass im Jahr 2016 insgesamt 6.776 Sperrungen durchgeführt wurden. Die Betroffenen müssen noch mit weiteren Kosten rechnen. Sie reichen von z.B. 4,90 € für eine schriftliche Mahnung über 55 € für die Sperrung von Strom und Gas bis zur Wiederherstellung z.B. der Stromversorgung, für die 65,45 € brutto anfallen. Alle ggf. entstehenden Kosten sind auf der Homepage der Stadtwerke veröffentlicht. Eine Grundversorgung muss aus Sicht der LINKEN für alle Privathaushalte sichergestellt werden.

# Aktion gelber Handschuh

## Gebäudereiniger bringen das Rathaus auf Vordermann

Die Beschäftigten in der Gebäudereinigungsbranche und ihre Gewerkschaft IG BAU besuchten am 19. Juni das Düsseldorfer Rathaus. Sie hatten alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen angeschrieben und sie um ein Gespräch über die Arbeitsbedingungen und Löhne der Gebäudereiniger gebeten. Schließlich profitieren ja auch die Fraktionsbüros von der Arbeit der Putzkolonnen. Leider reagierte nur DIE LINKE. Ratsfraktion auf diese Anfrage mit einer Einladung. Die Gebäudereiniger machten ein witzig verpacktes Angebot, sich in ihre Arbeit einzufühlen: Einen symbolischen „Gelben Gummihandschuh“ hätten sie gerne jeder Ratsfraktion übergeben. Die LINKEN Ratsmitglieder nahmen den Handschuh gern und sprachen mit den Gewerkschaftern über die aktuelle Tarifauseinandersetzung. Die Reinigungsfirmen zahlen ihren Beschäftigten oft nur 10 Euro Lohn. Das ist wenig für ein Handwerk, das gelernt sein will und das oft durch den Zeitdruck zum Knochenjob wird.

Zu wenig, sagt auch die Industrie-  
gewerkschaft BAU. Diese Einschätzung teilen die Mitglieder der LINKEN Ratsfraktion und werben gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen für die Kampagne „1 Euro mehr!“. Pauschal ein Euro mehr Lohn die Stunde für alle



Die Gebäudereiniger auf Besuch bei der Ratsfraktion DIE LINKE

Foto: R(h)einblick

Beschäftigten, wäre gerade für die am schlechtesten Bezahlten ein großer Fortschritt. Nach Meinung der LINKEN wären aber auch 11 Euro im niedrigsten Lohnsegment viel zu wenig: 2016 hat DIE LINKE Bundestagsfraktion bei der Bundesregierung nachgefragt, wie viel ein Beschäftigter pro Stunde verdienen muss, um nach lebenslanger Vollzeitarbeit so viele Rentenpunkte gesammelt zu haben, dass er von seiner Rente auch

leben kann. Die Antwort war, dass er bei einer Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden mindestens 11,68 Euro pro Stunde verdienen muss, um nicht im Alter von Grundsicherung leben zu müssen. Auch wer 11 Euro verdient, landet also in der Altersarmut. DIE LINKE fordert, dass der Mindestlohn wenigstens 60 Prozent des Durchschnittslohns betragen soll – das sind gegenwärtig 12 Euro.

# Vom Gemeinwohl zum Miethai

## Die Privatisierung der LEG hat üble Folgen für Mieter und Mieterinnen

Eine unserer Leserinnen hat uns einen Brief geschickt, den wir hier in Auszügen veröffentlichen:

„Sehr geehrte Damen und Herren;  
... Ich habe Jahre gearbeitet, die Rente ist nicht hoch und ich bekomme Grundsicherung. In Düsseldorf ... wohne ich seit 2001 in einer von 113 LEG-Wohnungen. Die Kaltmiete lag mal bei 274.- Euro, jetzt soll sie wegen „Modernisierung“ (neue Fenster und ein Balkon) 473,44 Euro kosten.

Erste Miete 2011	274,95 Euro
Anpassung 2012	300,33 Euro
2013	321,48 Euro
2015	345,38 Euro
2016	369,70 Euro
nach Modernisierung	
2017	473,44 Euro

Da macht die Grundsicherung nicht mehr mit.

Ich würde mich auf eine Antwort freuen. Ich wollte meinem Herzen mal Luft machen, bin mit dem Problem nicht allein. Mit freundlichen Grüßen

... (Die Verfasserin möchte im Artikel nicht genannt werden)“

Sie ist tatsächlich nicht allein. Nicht nur bei ihr wurden die Mieten zwischen 2011 und 2017 um 72,15 % erhöht. Die Grundsicherung stieg im gleichen Zeitraum nur um 12,36 %.

Die LEG (Landesentwicklungsgesellschaft NRW) wurde 1970 gegründet, indem vier gemeinnützige Wohnungsgesellschaften zusammengeschlossen wurden. 1987 übernahm sie 38.000 Wohnungen der abgewickelten Neuen Heimat. 2008 wurde die LEG dann mit über 93.000 Wohnungen, davon der größte Teil Sozialwohnungen, von der schwarz-gelben NRW-Landesregierung an den Immobilienfonds von Goldman Sachs für 787,1 Millionen Euro verkauft. Durch die Privatisierung ist aus einer ehemals gemeinnützigen, öffentlichen Wohnungsgesellschaft ein börsennotierter, profitgieriger Immobilienkonzern geworden.

Fünf Jahre später hat Goldman Sachs mit einem Börsengang 1,3 Milliarden Euro für ca. 60 % der Aktien eingenommen. Bis dahin wurden ca. 350 Millionen Euro Dividenden an den Eigentümer ausgeschüttet.

Um KritikerInnen zu beschwichtigen, wurde bei der Privatisierung der LEG eine ‚Sozialcharta‘ vereinbart, die für 10 Jahre u.a. Mietpreiserhöhungen einschränken und Luxussanierungen ausschließen sollte. Mieterschutzbündnisse kritisierten wiederholt, dass die LEG diese Sozialcharta verletzt – denn tatsächlich wurden Sanierungskosten durch dauerhafte Mieterhöhungen von 11 % pro Jahr so lange auf die MieterInnen umgelegt, bis ärmere Menschen ihre Mieten nicht mehr zahlen konnten und damit ihr Zuhause verloren.

Grundlage dafür ist der § 559 des BGB. Neben der Abschaffung dieses Paragraphen fordert DIE LINKE ein gesetzliches Mitspracherecht für MieterInnen auch in privaten Wohnungsunternehmen. Durch eine Wiedereinführung der steuerbegünstigten Wohngemeinnützigkeit, durch Stärkung öffentlichen Wohnungsbaus und andere Maßnahmen will DIE LINKE Privatisierung und Spekulation auf dem Wohnungsmarkt stoppen und den Wuchertrend bei der Mietpreisentwicklung umkehren. Keine Profite mit der Miete!

## Lage auf Wohnungsmarkt spitzt sich zu

### Zwei Zwangsräumungen pro Tag

Düsseldorf wird geprägt durch einerseits ständig steigende Mieten und andererseits durch eine zunehmende Armut. Das führt dazu, dass immer mehr Menschen ihre Miete nicht bezahlen können. Was dann folgt, endet häufig vor Gericht und nicht selten in einer Zwangsräumung.

Zwar versucht die städtische Verwaltung durch Beratung und Kooperation mit der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft und Wohnungsbaugenossenschaften, sogenannte Wohnungsnotfälle im Vorfeld zu lösen, verhindern kann sie aber nicht alle Zwangsräumungen. In den letzten fünf Jahren wurden pro Jahr zwischen 644 und 803 Wohnungen gerichtlich zwangsgeräumt. Im Schnitt also zwei Räumungen pro Tag.

Die Opfer von Zwangsräumungen sind zunehmend Alleinerziehende mit ihren Kindern. Für die Betroffenen bedeutet die Räumung ein traumatisches Erlebnis und oftmals eine Zukunft in der Obdachlosigkeit. Wer heute seine Wohnung verliert, der zieht nicht mehr einfach zwei Ecken weiter. Durch die enormen Mietsteigerungen im gesamten Stadtgebiet wird es immer schwieriger, eine neue Wohnung zu finden.



Immer mehr Menschen landen auf der Straße

Foto: (CC 0) pixabay/lannyboy89

Das zeigen auch die Zahlen der Verwaltung. 2016 mussten 38 Haushalte mit 71 Personen in Notunterkünften aufgenommen werden. Wie viele von den anderen Zwangsgeräumten in Düsseldorf eine Ersatzwohnung gefunden haben oder ins Umland ziehen mussten, ist nicht bekannt.

Während Wohnungen mit hohen Mieten immer schwieriger zu vermieten sind, ist gerade bei Wohnungen mit geringer Miete eine außergewöhnliche Erhöhung der Mieten zu verzeichnen. Das wird in Zukunft auch zu weiteren

Zwangsräumungen führen. Dazu beitragen wird auch die Politik der Landesregierung, die sich verstärkt darum bemüht, Vermietern und Investoren gefällig zu sein und wichtige Mieterschutzbestimmungen abschaffen will. Deswegen fordern wir, dass die Stadt mehr in preisgünstigen Wohnungsbau investiert. Städtische Grundstücke dürfen nicht verkauft werden, sondern sollen von der Stadt genutzt werden. Wenn Grundstücke abgegeben werden, soll Erbpacht vereinbart werden. Dadurch ist es möglich, Mieten zu begrenzen.

## Keine Schnellbuslinie zum Flughafen

### Die Ampelkoalition will die 154-mal teurere Lösung

In sogenannten Metrobussen will die Rheinbahn Fahrgäste mit weniger Zwischenstopps schneller von Stadtteil zu Stadtteil befördern. Geplant war dabei eigentlich auch eine Verbindung zum Flughafen. Diese Buslinie wurde aber zwischen einer Aufsichtsratssitzung der Rheinbahn im Februar und der Vorstellung der Pläne im Verkehrsausschuss am 7. April sang- und klanglos fallen gelassen. Schade, fand DIE LINKE, und fragte nach den Gründen. In Antwort auf die Anfrage der Linksfraktion antwortete

die Verwaltung, „Hintergrund war die Sorge, dass diese Linie die standardisierte Bewertung und damit die Förderfähigkeit des Projektes U81 beeinträchtigen könnte.“ Auf Deutsch: Rheinbahn und Stadt fürchten um die Fördergelder des Landes für die geplante sündhaft teure U-Bahnlinie U81, weil die Metrobuslösung einfach zu günstig ist.

Die Buslinie könnte mit einem geschätzten jährlichen Fahrgastaufkommen von 930.000 Passagieren annähernd die gleiche Strecke bedienen

wie die U81, für die nur die Hälfte an Passagieren angenommen wird. Dabei würde die Einrichtung eines Metrobusses nicht ganz 1 Million Euro kosten, während die U81 allein in der ersten Ausbaustufe 154 Millionen kosten soll. Wenn man die Kostensteigerungen der Wehrhahnlinie betrachtet, darf man von realen Kosten der Endausbaustufe der U81 von über 500 Millionen Euro ausgehen. Es spricht also einiges dafür, dass die Landesregierung NRW nach der Einrichtung der Metrobuslinie zum Flughafen einen Förderantrag für die U81 tatsächlich mit der Frage beantworten würde: Warum Geld verbuddeln, wenn es schon eine funktionierende Lösung gibt?

Mit hundertvierundfünfzigfachen Kosten für das halbe Passagieraufkommen ist die U81 nicht konkurrenzfähig. Der angeblich aufs Sparen bedachte Oberbürgermeister könnte also mal eben 153 Millionen an öffentlichen Mitteln für ein nachweislich unwirtschaftliches Projekt einsparen, das von vielen AnwohnerInnen aufgrund der erwarteten Lärmbelastung abgelehnt wird. Und die Passagiere müssten auf ihre Schnellverbindung zum Flughafen nicht bis nach der Fertigstellung einer U-Bahn im Jahr 2020 – oder später – warten.



Kein Bus, lieber eine teure U-Bahn zum Flughafen

Foto: (CC 0) pixabay/LoboStudioHamburg

### Ratsbeschlüsse sind zum Umsetzen da

In der Gemeindeordnung NRW ist festgelegt, dass der Oberbürgermeister grundsätzlich das auszuführen hat, was der Stadtrat ihm vorgibt. Da Düsseldorf in NRW liegt, gilt die Gemeindeordnung auch hier.

Dennoch kommt es in Düsseldorf immer häufiger vor, dass Beschlüsse des Stadtrates nicht oder nur unzureichend umgesetzt werden. Ob die Einrichtung einer Teststrecke für LED-Laternen, die Einführung von Tempo 50 auf dem Südring oder die Installation von Solaranlagen auf städtischen Gebäuden; das sind allesamt Beschlüsse des Stadtrates, die nicht oder nur unzureichend umgesetzt werden. In der Gemeindeordnung NRW heißt es, der Oberbürgermeister führt die Beschlüsse unter der Kontrolle des Rates und in Verantwortung ihm gegenüber durch. Unter bestimmten Bedingungen kann er Entscheidungen widersprechen oder diese beanstanden. Tut er dies jedoch nicht, so müssen die Beschlüsse korrekt umgesetzt werden. Hieran ist auch der Düsseldorfer Oberbürgermeister gebunden. Er kann nicht ihm unliebsame Entscheidungen einfach unter den Tisch fallen lassen. DIE LINKE bringt das Thema mit einem Antrag in den Stadtrat. Der Rat kann es nicht länger hinnehmen, dass seine Beschlüsse ignoriert werden.

## IMPRESSUM

### Rheinblick

#### Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.  
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf  
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

#### Redaktion:

Lutz Pfundner, Meikel Friebe, Anastasia Kordela, Michael Driever, Christian Jäger, Ben Klar

#### Tel:

0211 89 95 123

#### Fax:

0211 89 29 588

#### email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

#### web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de  
https://www.facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

#### V.i.S.d.P.:

Angelika Kraft-Dlangamandla

#### Druck:

Berliner Zeitungsdruck

#### Auflage:

40.000

## Es mangelt an Frauenhausplätzen

Frauenhäuser bieten seelisch und körperlich bedrohten oder misshandelten Frauen persönlichen Schutz und Sicherheit. Dort erhalten Frauen Beratung und Unterstützung, es wird ihnen die Möglichkeit gegeben, Abstand von ihrer Bedrohungssituation zu gewinnen. In Düsseldorf gibt es das „Internationale Frauenhaus“ der AWO mit 12 Betten (für acht Frauen und vier Kinder) sowie das „Frauenhaus Düsseldorf“ des Vereins Frauen helfen Frauen mit 17 Betten in sechs Zimmern und zwei Notfallbetten. Der Aufenthalt beträgt zwischen wenigen Tagen und mehreren Wochen. Beide Frauenhäuser sind für Frauen über 18 Jahre. Eine Zuflucht für Frauen und Mädchen zwischen 12 und 21 Jahren ist in Planung. Aufgrund der wenigen Plätze muss eine enorme Anzahl Schutzsuchender Frauen abgewiesen werden. Aus einer Anfrage der LINKEN im Gleichstellungsausschuss geht hervor, dass in den beiden Frauenhäusern im Jahr 2015 insgesamt 257 und im Jahr 2016 insgesamt 284 Frauen, mit und ohne Kinder, abgelehnt wurden. Das ist ein skandalöser Zustand, denn die Ablehnung bedeutet für diese Frauen eine akute Gefährdung. Dennoch ist laut Stadtverwaltung nicht vorgesehen, weitere Frauenhausplätze einzurichten; kommunale Zuschussmittel stehen dafür nicht zur Verfügung. Die Zahlen verdeutlichen, dass in Düsseldorf dringend mehr Plätze benötigt werden, damit allen betroffenen Frauen geholfen werden kann. DIE LINKE wird weiterhin eine Kapazitätserweiterung der Frauenhäuser fordern.

## Eine wenig bekannte Realität

### Männliche und Transgender Prostitution gibt es auch in Düsseldorf

Prostitution zieht sich durch alle Gesellschaftsschichten. Wenn es um dieses Thema geht, denken die Meisten an die weibliche Prostitution bzw. Sexarbeit. Männliche und Transgender Sexarbeit unterscheidet sich in einigen Punkten von der weiblichen. Sie findet häufig nicht so offen statt und ist auch im öffentlichen Bewusstsein nicht so verankert. Das zeigt auch die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im Gleichstellungsausschuss. Auch nur halbwegs genaue Zahlen zu männlicher und Transgender Sexarbeit gibt es für Düsseldorf nicht. Die Verwaltung verweist auf das sogenannte Prostitutionsschutzgesetz, das im Juli 2017 in Kraft getreten ist und dass alle Sexarbeiter\*innen verpflichtet, sich registrieren zu lassen. Ab 2018 hätten sie dann genauere Zahlen. In dem Gesetz sind jedoch noch viel weiterreichende Gängelungen für Sexarbeiter\*innen enthalten, weshalb es von der LINKEN abgelehnt wird.

Der Verwaltung sind nur wenige männliche Personen bekannt, die der Prostitution nachgehen. Neben einem kleinen Bordell sind drei Wohnungen mit Transgender Personen bekannt, die dort der Sexarbeit nachgehen. Weiterhin gibt es 30 Transgender Personen die sporadisch der Sexarbeit nachgehen.

„Flingern mobil e. V.“ teilt in der Antwort mit, dass im Rahmen der Streetworktätigkeit, die von der Anlaufstelle „Aufwind“ durchgeführt wird, in den Szenebars in der Nähe des Hauptbahnhofes wöchentlich, insbesondere freitags, ca. 35 Jungen und Männer unterschiedlicher Nationalitäten angetroffen werden. Vorwiegend kommen diese aus Bulgarien, Rumänien und Mazedonien und leben in Düsseldorf. In den vergangenen Monaten ist in der Szene eine Veränderung bezüglich Geflüchteter zu



Sex\*arbeiterinnen treten für ihre Rechte ein

Foto: (CC BY 2.0) flickr/h3xtacy

erkennen. In den Streetworkinsätzen von „Aufwind“ sind unter anderem Menschen aus Syrien, Somalia, Eritrea und Marokko anzutreffen. Die Altersstruktur bewegt sich zwischen 15 und 28 Jahren, wobei in den letzten Monaten verstärkt Minderjährige anzutreffen waren.

Zusätzlich hat „Aufwind“ ein Profil bei der Internetplattform „Planet Romeo“ und zeigt dort zwei Mal in der Woche Präsenz. Bei den Streetworkgängen begegnen „Aufwind“ in der Regel ein bis drei Transgender Prostituierten. In Bordellen und Saunaclubs etc. ist Aufwind nicht tätig.

In Düsseldorf gibt es nur wenige Hilfsangebote für männliche und Transgender Personen, die der Sexarbeit nachgehen, im Gegensatz zum Angebot für weibliche Sexarbeiterinnen. Neben der genannten Anlaufstelle „Aufwind“ gibt es noch Streetwork in Anbahnungsgaststätten für Männer, die Sex mit Männern haben (MSM) in Zusammenarbeit von „Aufwind“ und der „Aidshilfe Düs-

seldorf e.V.“. Letzere bietet auch eine Beratungsstelle für Transgender an. Ebenso für Transgender Personen wird Streetwork auf der Charlottenstraße angeboten durch „Caritas“ (Knackpunkt) gemeinsam mit „frauenberatungsstelle e.V.“ und „Aidshilfe Düsseldorf e.V.“. Die Fachstelle „Sexuelle Gesundheit“ des Gesundheitsamtes der Landeshauptstadt Düsseldorf bietet für männliche und trans\* Prostituierte kostenfrei und anonym eingehende medizinische Beratungen und Untersuchungen an. Daneben bietet die Fachstelle umfassende psychosoziale sowie sozialrechtliche Beratungen an sowie eine bedarfsorientierte Vermittlung an weitere Hilfs- und Unterstützungsangebote in Düsseldorf. Um auch nicht deutsch sprechende Prostituierte adäquat beraten zu können, steht eine telefonische Sprachmittlung in zahlreichen Sprachen zur Verfügung. Im Rahmen dieser Pflichtberatung können dem Personenkreis bei Bedarf auch weitere Angebote unterbreitet werden.

## Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen müssen das in den letzten Jahren ebenso

erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf  
Luegallee 65  
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:  
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

# Rheinblick

Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

## Ein Abo und immer gut informiert sein